55. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 482 | Dienstag, 12. Oktober 1926

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin. | Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lärm und Obstruktion im Landtag.

Unerhörte Tumultszenen.

Die Kommunisten erzwingen die Unterbrechung der Sitzung.

Nachdem gestern abend der Hauptausschuß des Landtags die einzelnen Paragraphen der Hohenzollern-Vergleichsvorlage mit 18 gegen 3 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen hatte, trat das Landtagsplenum heute mittag in die **zweite Lesung der Vorlage** ein.

Der kommunistische Abgeordnete **Bartels** (Krefeld) beschwert sich, daß der Landtagspräsident die Abgabe einer kommunistischen Erklärung außerhalb der Tagesordnung verweigert habe. Der kommunistische Redner teilt aber innerhalb der Geschäftsordnungsdebatte mit, um was es sich handelt. Er erklärt, die Kommunisten hätten Einspruch erheben wollen gegen die Behauptungen des Finanzministers Höpker-Aschhoff zu § 7, **wonach der Kaiser von seinem Wohnrecht keinen Gebrauch machen wolle,** und gegen die Behauptung des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann, wonach die Landesverweisung durch den § 7 des Gesetzentwurfes zum Vergleichsvorschlag der Hohenzollern in keiner Weise betroffen würde. Der kommunistische Redner behauptet, daß durch den § 7 die Landesverweisung der Hohenzollern geradezu aufgehoben würde. Schließlich unterbricht der Präsident die Ausführungen. Darauf erklärt der kommunistische Redner unter großer Unruhe, der Präsident gestatte also nicht, eine Beschwerde hier vorzubringen. Es handele sich um eine Vergewaltigung. **Der kommunistische Redner kündigt die Anwendung der schärfsten Mittel der parlamentarischen Obstruktion an.** (Große Unruhe.)

Dann begründet der Kommunist Winterich einen Dringlichkeitsantrag, sofort für die Erwerbslosen 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Als er in diesem Zusammenhang die Hohenzollern als eine Gesellschaft von Verbrechern bezeichnet, erhebt sich ein außergewöhnlich starker **Sturm auf der rechten Seite.** Die deutschnationalen Abgeordneten scharen sich um das Rednerpult von rechts, die Kommunisten von links her.

Die Glocke des Präsidenten ertönt unaufhörlich. Von Rechts ertönen Rufe: raus! raus! Minutenlang hält die Unruhe an. Dann besteigt wieder der kommunistische Abgeordnete Pieck das Rednerpult, um zu verlangen, daß ein Antrag der Kommunisten, wonach die Beratungen über den Hohenzollernvergleich auf vier Wochen ausgesetzt werden sollen, mit verhandelt werden soll. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, als er behauptet, der Landtag apportiere wie ein Hund vor den Hohenzollern. Erneut große Unruhe. Dann teilt der Redner mit, **daß die sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre gestern abend einstimmig den Beschluß gefaßt hätten, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Ablehnung des Vergleichsvorschlages mit den Hohenzollern aufzufordern.**

Wiederum erhält der Abgeordnete Pieck das Wort zur Geschäftsordnung. Er bringt einen Antrag der Kommunisten ein, der lautet: Der Landtag erklärt sich vom heutigen Tage ab für aufgelöst. Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.

Der Auflösungsantrag der Kommunisten findet natürlich keinen Widerhall.

Hierauf betrat der kommunistische Abgeordnete Kilian das Rednerpult und beschwerte sich über einen zweimaligen Ordnungsruf, den er gestern erhalten habe. Während dessen entsteht großer Lärm. Der kommunistische Abgeordnete Müller-Frankfurt macht beleidigende Zurufe. Der Präsident **schließt ihn von der Sitzung aus.** Der Abgeordnete verläßt den Saal.

Zu neuer Bewegung kam es, als der deutschnationale Abgeordnete v. d. Osten das Wort nimmt, um seinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß im preußischen Landtag eine solche niedrige Flut von Gemeinheiten möglich sei. **Die Kommunisten rücken gegen den Redner** vor. Fast hat es den Anschein, als ob es zu tätlichen Auseinandersetzungen kommen sollte. Der deutschnationale Abgeordnete v. d. Osten, über den ein Hagel von Beschimpfungen und Zwischenrufen herniedergeht, spricht weiter, ist aber nicht verständlich. Schließlich tritt er vom Rednerpult ab.

Schon steht der kommunistische Abgeordnete Pieck da, um ihn abzulösen und gegen ihn zu polemisieren. Während dieser Ausführungen von Pieck springt der kommunistische Abgeordnete Paul Hoffmann hinter Pieck zu den Deutschnationalen hinüber und gestikuliert mit den Händen. Nur dadurch, daß Pieck selbst seinen kommunistischen Fraktionsfreund am Rock faßt und zurückschiebt, wird eine Schlägerei vermieden.

Es folgen weitere systematische **Versuche der Kommunisten, durch Geschäftsordnungsdebatten die eigentliche Verhandlung über die Tagesordnung hinauszuschieben.** Der Abgeordnete Pieck verlangt dann, daß der Hohenzollern-Vergleichsvorschlag dem Verfassungsausschuß überwiesen würde, um die verfassungsmäßige Grundlage wegen der eventuellen Einreise des Kaisers zu klären. Auch das wird abgelehnt. Dann beantragt Pieck, daß ein schriftlicher Bericht über die gestrigen Verhandlungen des Hauptausschusses erstattet werde. Der mündliche Bericht, der vorgesehen sei, könne nicht genügen. Bei dieser Gelegenheit spricht der kommunistische Redner dem demokratischen Fraktionsführer Dr. Falk, der den mündlichen Bericht erstatten soll, das Mißtrauen der Kommunisten unter Heiterkeit des Hauses aus.

Den **Bericht über die Verhandlungen des Hauptausschusses** zum Vergleichsvorschlag mit den Hohenzollern erstattete der demokratische Abgeordnete Falk.

Die Sitzung gesprengt.

Fast schien es so, als ob die Stimmung des Hauses während des nüchternen Berichtes des Abgeordneten Falk über die gestrigen Verhandlungen im Hauptausschuß sich beruhigen würde. Gegen Ende seines Berichtes wurde jedoch der Abgeordnete Falk wiederholt durch lärmende Zurufe der Kommunisten unterbrochen. Als darauf der demokratische Abgeordnete Riedel dem Präsidenten einen Zuruf machte, indem er ihn ersuchte, den Abgeordneten Falk schützen, da **ergriff ein Kommunist Akten, die auf dem Tisch des Hauses lagen und schleuderte sie gegen den Abgeordneten Riedel. Sofort setzte ein ungeheurer Lärm im ganzen Hause ein.**

Der Präsident schloß den kommunistischen Abgeordneten von der Sitzung aus. Die Weisungen des Präsidenten wurden aber nicht mehr beachtet, **es drohte ein allgemeines Handgemenge zwischen den Kommunisten** und den ihnen am nächsten stehenden Abgeordneten. Nur mit Mühe gelang es, den kommunistischen Abgeordneten Hoffmann von Tätlichkeiten gegen Sozialdemokraten und Demokraten zurückzuhalten.

Inzwischen schloß der Präsident einen zweiten kommunistischen Abgeordneten von der Sitzung aus. In diesem Augenblick ertönten von der Tribüne lebhafte Rufe: Kommunisten im Saale bleiben! Glocken hallten durch das ganze Haus. Die Abgeordneten strömten in den Saal. Der Präsident forderte noch einmal die kommunistischen Abgeordneten, die er ausgeschlossen hatte, auf, den Saal zu verlassen. Gleichzeitig forderte er die Diener auf, die Ruhestörer von der Tribüne zu entfernen. **Ein allgemeiner Tumult entstand.** Von der Tribüne wurde weiter hernitergerufen: Kommunisten im Saale bleiben! Die Kommunisten antworteten durch Gegenruf zur Tribüne hinauf. Bei diesem Tumult war dem Präsidenten nichts weiter möglich, als seinen Sitz zu verlassen und damit das Zeichen zu geben, daß die **Sitzung unterbrochen sei.**

Als der Präsident den Sitzungssaal verlassen hatte, **spielten sich Szenen ab, wie sie in einem deutschen Parlament wohl noch nicht vorgekommen sein mögen. Ein Teil der kommunistischen Abgeordneten unter Führung des Abgeordneten Pieck begab sich auf die Zuhörertribünen und stellte sich schützend vor die Radaumacher, die sich dort betätigten. Irgendeiner von den Zuhörern erhob sich plötzlich und hielt eine Ansprache an die noch zahlreich im Sitzungssaal versammelten Abgeordneten.** Er wurde durch Zwischenrufe der kommunistischen Abgeordneten lebhaft unterstützt. Die kommunistischen Abgeordneten klatschten Beifall. Andere Zuhörer mischten sich ein. Eine tolle Frauenstimme wurde vernehmbar, eine Ansprache haltend. Saal und Tribünen waren in gleicher Bewegung. **Die Diener waren machtlos. Erst als eine Anzahl Kriminalbeamter erschien, und keine Rücksicht mehr auf die in den Eingängen zu den Zuhörertribünen stehenden Abgeordneten der kommunistischen Fraktion nahmen, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.** Die Ruhestörer auf den Tribünen wurden von den Kriminalbeamten hinausgedrängt und mußten das Haus verlassen. Allerdings konnten die Beamten nicht verhindern, daß die Ruhestörer noch ein Hoch auf die kommunistische Internationale ausbrachten, in das die unten im Sitzungssaal befindlichen Abgeordneten der kommunistischen Fraktion einstimmten. Die Bewegung im Saal selbst hielt noch lange an.

Wiederbeginn der Sitzung.

Einige Minuten vor 2 Uhr **eröffnete der Präsident wieder die Sitzung.** Die **Zuhörertribünen blieben geschlossen.** Der Präsident fragte den kommunistischen Abgeordneten Grube, ob es richtig sei, daß er auf der Tribüne die Zuhörer aufgefordert habe, den Anordnungen des Präsidenten nicht zu folgen. Grube bestreitet das. Aber trotzdem muß gesagt werden, daß Grube tatsächlich auf der Tribüne in diesem Sinne tätig war.

Der Präsident erteilte dann dem Abgeordneten **Falk** (Dem.) zur Fortsetzung seiner Berichterstattung das Wort. Die Kommunisten versuchten wiederum die Verhandlung zu stören. Sie verlangten die Wiedereröffnung der Tribünen. Der Präsident konnte sie darauf hinweisen, daß nach der Geschäftsordnung die Tribünen geschlossen bleiben, wenn Unruhen vorgekommen sind. Endlich konnte Abg. Falk seinen Bericht fortführen, allerdings noch unter großer Bewegung und Unruhe des Hauses.

Zentrum und Deutsche Volkspartei.

Fühlungnahme mit den Demokraten. — Wird der Ministerpräsident Braun persönlich eingreifen?

P. St. Es ist ein Streit darüber entstanden, ob gestern das Zentrum oder die Deutsche Volkspartei die Anregung zu den neuen Besprechungen über die preußische Regierungsfrage gegeben hat. Heute vormittag wurde aber zuverlässig versichert, daß die Deutsche Volkspartei den ersten Schritt getan habe. Das kann man indes auf sich beruhen lassen. Denn das Zentrum dürfte schon aus Gründen der Höflichkeit bereit gewesen sein, dem jüngsten Beschluß der volksparteilichen Landtagsfraktion, in welchem diese offiziell und grundsätzlich den Wunsch nach Verhandlungen mit den anderen Parteien zum Ausdruck brachte, praktisch irgendwie Rechnung zu tragen. Ueber den Inhalt und den Verlauf der Unterredung, die gestern abend zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum stattgefunden hat, wird offiziell Schweigen bewahrt. Sie hat aber das Ergebnis gehabt, **daß sich das Zentrum heute morgen an die demokratische Landtagsfraktion gewandt und diese gebeten hat, mit den Vertretern des Zentrums in eine Erörterung der Lage einzutreten.**

Wenn wir recht unterrichtet sind, ist die heutige Besprechung zwischen Zentrum und Demokraten in dem Sinne abgeschlossen worden, daß von Zentrumsseite festgestellt werden soll, ob der preußische Ministerpräsident Braun auf Grund der bisherigen Verhandlungen, nunmehr von sich aus die Koalitionsfrage aufnehmen und mit den Parteien in Verbindung treten will. Welchen Erfolg diese Sondierung haben wird, steht vollkommen dahin, und es kommt noch hinzu, daß der Landtag sich, wie man weiß, am Freitag dieser Woche bis zum Beginn des November vertagen wird. Schon das spricht sehr dafür, daß die Dinge in Preußen vor **vor Wiederbeginn des Reichstages nicht zum Abschluß gebracht werden dürften.**

Richter und Republik.

Von

Dr. Ernst Feder.

Der preußische Richtertag in Kassel, der gestern abgeschlossen wurde, verdient besondere Beachtung. Die Vorträge, die den in Kassel vereinigten Richtern gehalten wurden, behandelten wichtige Gegenstände der Justiz, waren wissenschaftlich wie praktisch wertvoll. Nicht in ihnen liegt die allgemeine Bedeutung, die der ersten Tagung der preußischen Richter nach dem Kriege beizumessen ist. Vielmehr in der Stellungnahme zu politischen Fragen, zu Kritik und Antikritik, wie sie die gegenwärtige deutsche Justizkrise hervorgerufen hat. Diese Krise kann nicht übersehen, sie darf auch nicht verkannt werden. Es handelt sich bei ihr nicht um jene alte Spannung zwischen Richter und Volk, die seit Jahrhunderten, seit der Rezeption des „mißverstandenen", das heißt fortgebildeten römischen Rechts in Deutschland besteht. Auch nicht um jene „Weltfremdheit", wie man namentlich in dem Jahrzehnt vor dem Kriege den populären Vorwurf gegen den Richter formulierte. Es handelt sich vielmehr heute um einen Gegensatz zwischen Richtertum und Volksmehrheit, der dadurch entstanden ist, daß seit der Staatsumwälzung ein beträchtlicher Teil der Richter der neuen Staatsform gegenüber, nach dem technischen juristischen Ausdruck, „befangen" und daß deshalb in zahlreichen mit der Staatsform zusammenhängenden Urteilen, besonders in der politischen Strafjustiz, eine deutliche, wenn auch in den meisten Fällen unbewußte, antirepublikanische Tendenz sichtbar ist. Nicht nur in der politischen Strafjustiz. Sie war zum Beispiel auch in den Fürstenprozessen erkennbar, besonders in dem Rechtsstreit um das Hohenzollerngut, der jetzt im preußischen Landtag einer so völlig unbefriedigenden Lösung zugeführt werden soll.

Bequem war es, einzelne Fehlurteile zuzugeben und im übrigen jede „Verallgemeinerung" als „Hetze" abzulehnen. Nicht auf einzelne Fehlurteile kam es an, die nie, am wenigsten in der politischen Justiz, zu vermeiden sind. Es war nicht so, daß hier ein Sozialdemokrat, dort ein Demokrat, dort ein Deutschnationaler ungerecht oder zu hart oder zu milde bestraft wurden. Es handelte sich um eine in zahlreichen Fällen immer wieder durchbrechende Stimmung, die gegen die republikanische Staatsform und ihre Repräsentanten gerichtet war. Ein Zustand, den man dahin präzisierte, daß der Republikaner minderen Rechtes sei in der Republik. Es ist vollkommen klar, daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein, daß er auch durch keine Richterunabhängigkeit, durch keine anderen Prinzipien gedeckt werden kann. Es ist aber auch klar, daß bei den daraus folgenden Zusammenstößen und Reibungen, will sich der Staat nicht selbst aufgeben, der Richter den kürzeren ziehen muß. Ziehen muß auch im Interesse der Rechtspflege. Jene Richter, die in den vielen, oft bekanntgegebenen Urteilen dem Reichspräsidenten, dem Außenminister, dem Innenminister und zahlreichen leitenden Beamten der Republik den Rechtsschutz verweigert haben, sind nicht nur schlechte Republikaner, sondern auch schlechte Richter. Die Waffe, die der Staat ihnen gegen den Rechtsbrecher gibt, kehren sie gegen den Staat. Das ist Treulosigkeit. Der letzte Magdeburger Fall, der jetzt den Landtag beschäftigt und den Richtern in Kassel zu einer lauen Resolution Anlaß gab, zeigte auf einem ganz unpolitischen Boden die furchtbaren Folgen parteipolitischer Verblendung. Weil die Beamten des republikanischen Innenministers den wahren Schuldigen ermittelten, weigerte sich der Untersuchungsrichter, den Unschuldigen freizugeben, stützte und deckte ihn der Vertreter des Landgerichtspräsidenten, half ihm der Vorsitzende des Magdeburger Richtervereins; von dem allerdings der Richterverein selbst sogleich abgerückt ist.

Wenn es so schlimm geworden ist, daß der deutsche Reichsjustizminister öffentlich erklären mußte, er stelle keine Strafanträge mehr, weil er bei deutschen Gerichten keinen Rechtsschutz finde, dann muß die Abhilfe schnell kommen. Von innen heraus oder von außen. Der preußische Richterverein will den ernsten Versuch machen, von innen heraus Abhilfe zu schaffen. Er beginnt damit nicht erst in Kassel. Er hat schon früher eine Kommission eingesetzt, die offenbare Fehlsprüche prüfen und Konsequenzen daraus ziehen will. Von der Tätigkeit dieser Kommission hat man allerdings bisher nicht viel gehört. In Kassel haben die preußischen Richter einen Schritt weiter getan. Sie haben in einer Entschließung ein unbedingtes Bekenntnis zur Weimarer Verfassung als der Grundlage des Rechts, als der Gewähr für den Bestand des Vaterlandes abgelegt. Gewiß ist ein solches Bekenntnis für den Richter selbstverständlich. Aber wie die Dinge lagen, war es notwendig, daß das Selbstverständliche gesagt wurde. Wenn es dann in der Entschließung Richterpflicht genannt wird, die Verfassung der Republik als oberstes Gesetz des deutschen Volksstaates zu stärken, so ist das eine gewiß auch gewollte scharfe Kritik an jenen zahlreichen Urteilen, die das Gegenteil getan haben. Fruchtbar freilich wird jenes Bekenntnis, wird diese Kritik nur dann sein, wenn uns die Justiz des täglichen Lebens beweist, daß auch der deutsche Richterstand in seiner Gesamtheit sich der neuen Staatsform widerspruchslos einzufügen versteht. Die Oeffentlichkeit wird darüber wachen und, wo dagegen gefehlt wird, scharfe Kritik üben müssen, eine Kritik, die, wie wir hoffen, dem preußischen Richterverein willkommen ist.

Eine antirepublikanische Tendenz kam bisher auch in dem Kampf des Richtervereins gegen den Republikanischen Richterbund zum Ausdruck, dessen erste Frucht die Ausschließung des demokratischen Senatspräsidenten Großmann gewesen ist. Wir freuen uns, daß der Richterverein offenbar auch hier neue Wege sucht. Er hat gestern zu-